

Im Irrgarten der Argumente

MARTIN WINTER

Es bedarf keiner prophetischen Gaben um zu ahnen, dass der Streit um den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union in den kommenden Verhandlungsjahren nicht abebben wird. Wer hofft, dass der Gipfelbeschluss der EU vom 17. Dezember 2004 über den Beginn der Gespräche im Oktober 2005 mittelfristig beruhigend wirkt, der dürfte enttäuscht werden. Denn mit diesem Beschluss betritt die EU politisches Neuland. Hinter der Fassade einer normalen Erweiterung nach dem hergebrachten Schema verbirgt sich eine sich selber noch nicht ganz sichere, aber doch unverkennbar hegemoniale Intention. Indem sie der Türkei die Tür öffnet, stellt die EU sich zugleich jene Frage, der sie bislang ausgewichen ist. Der nämlich, wohin sie eigentlich will. Wie gestaltet sie ihre Finalität? Wo liegen ihre Grenzen? Und wo und wie soll, will oder muss sie ihre Nachbarschaft im eigenen Interesse beeinflussen? Weil sie ahnen, dass es um mehr als nur um eine Erweiterung geht, sondern um den Wandel von einer sich selbst genügenden und nach innen gerichteten Union zu einer nach außen machtpolitisch aggressiv auftretenden, brennt der europäischen Öffentlichkeit, Politikern und Parteien plötzlich unter den Nägeln, was aus dem Blickwinkel mancher Regierungen im Prinzip schon entschieden schien.

Doch weder die verstrichenen vier Jahrzehnte, in denen die Türkei immer und immer wieder von europäischen und amerikanischen Politikern zu einem europäischen Land erklärt worden war, noch die Tatsache, dass die Türkei die zweitgrößte

Armee in der Nato stellt, hat die Aufwallungen dämpfen können. Was den Europäern da jetzt am Horizont dämmert, das beunruhigt sie. Wie tief das reicht, zeigt die Tatsache, dass die althergebrachten Argumente für die Türkei – erstens ist sie europäisch und zweitens haben wir es ihr versprochen – den entstandenen Aufruhr nicht dämpfen können.

Kein Wunder: Der Fall Türkei liegt anders als alle bisherigen Erweiterungen. So war die gewaltige Ausdehnung der EU im Mai 2004 um zehn Länder aus Ost- und Südosteuropa zwar zuweilen in Form und Tempo umstritten, nie aber in ihrer grundsätzlichen Vernunft. Zugunsten der Balten, Polen, Ungarn oder Tschechen wirkte der Gründungsgedanke der Union fort, Europa zu vereinen, um dauerhaften Frieden auf dem Kontinent zu schaffen. In dieses Raster passt die Türkei nicht und noch herrscht Not an Argumenten, die die Menschen in der EU überzeugen und nicht nur die Strategen in den Ministerien und in den Kanzleien. So stürzt die Konkretisierung der Beitrittsperspektive für die Türkei die EU in eine innere wie äußere Zerreißprobe, an deren Ende eine neue Großmacht, aber auch der Ruin Europas stehen kann. Der Kampf um die richtigen Argumente und die richtige Politik beherrscht nun die EU, und die Positionen lagen wohl noch nie so weit auseinander. Sie spannen sich vom deutschen Außenminister Joschka Fischer, der einen Beitritt der Türkei in einem Interview mit der BBC im Oktober 2004 zum »D-Day im Krieg gegen den Terror« hochstilisiert bis zu den düsteren Prophezeiungen, die die französische Politikwissenschaftlerin und Diplomatin Sylvie Goulard in ihrem Buch »Le Grand Turc et la République de Venise« niedergeschrieben hat. Sie befürchtet, dass eine Aufnahme der Türkei zu einer fatalen Entkräftung der eh schon schwer gestressten Europäischen Union führt, die dadurch »auf ewig ins Vorzimmer der Welt abgeschoben« würde. Das Bemerkenswerte dabei ist nicht so sehr, wie unüberbrückbar weit diese Positionen auseinander liegen, sondern dass es sie überhaupt gibt. Ihr streckenweise emotionaler Austausch zeigt, dass die Türkeifrage für die Europäer ganz und gar noch nicht gelöst ist. Das Mantra der protürkischen Erweiterungsprotagonisten von dem Versprechen, das gegeben und dem Kandidatenstatus, der doch längst beschlossen worden sei, kollidiert mit der Wirklichkeit Europas. Eine Umfrage des Ifop-Institutes ergab im Herbst

2004, dass 55 Prozent der Deutschen und 67 Prozent der Franzosen gegen eine Aufnahme der Türkei sind.

Solch massiver Widerstand aus der Öffentlichkeit und auch aus seinem eigenen politischen Lager hat den französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac gezwungen, den möglichen Beitritt der Türkei einer Volksabstimmung zu unterwerfen. Der österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel verkündete nach Abschluss des Gipfels die gleiche Absicht. Diese beiden sind nur die ersten, die diesen Schritt gehen müssen, um sich gegen das Risiko des eigenen Scheiterns an der Türkeifrage abzusichern. Auch in anderen Regierungen wie etwa in der dänischen sind die Bedenken groß und die Neigungen zu Referenden wachsen. Die Türkei ist zum öffentlichen Problem Europas geworden. Ihre Aufnahme lässt sich nicht wie in anderen Fällen auf der technischen Ebene von Beamten und auf der politischen von den Staats- und Regierungschefs verhandeln. Wer die Türkei aufnehmen will, der muss die Europäer davon überzeugen, dass das erstens Sinn macht und dass es die Europäische Union zweitens nicht in unkalkulierbare Risiken stürzt. Über vierzig Jahre sind vergangen, seit die Türkei eine Beitrittsperspektive zur europäischen Gemeinschaft bekam. Manches ist auf beiden Seiten in der verflochtenen Zeit dazu gesagt worden an Begründungen, an Ansprüchen und an großen politischen Entwürfen. Wie wir heute sehen, hat kaum etwas davon verfangen, was auch daran liegen mag, dass das Aneinanderrücken von EU und Türkei auf beiden Seiten von Anbeginn an von Heuchelei geprägt war. Doch auch die Argumente der Gegenwart verwirren mehr, als dass sie Vertrauen schaffen. In einer erstaunlichen Fehleinschätzung von Stimmungen und Risiken hatte der EU-Gipfel im Dezember 1999 in Helsinki mit der Verleihung der Eigenschaft eines Beitrittskandidaten an die Türkei einen Schlusspunkt unter die Frage setzen wollen, ob die Türkei zu Europa gehört. Doch in Helsinki wurde nicht abgeschlossen, sondern im Gegenteil eröffnet. Seitdem der türkische Premierminister Recep Tayyip Erdoğan auf der Basis von Helsinki Ernst macht mit der praktischen Anpassung an den *acquis communautaire* hat die EU ein Problem. Sie ist an den Grenzen ihrer hergebrachten Methode angekommen, Schrittchen für Schrittchen Fakten zu schaffen, die irgendwann unumkehrbar und darum von den Bürgern akzeptiert werden. Mit der Türkei geht

das nicht mehr, denn ihre Aufnahme wäre für die EU ein Vorstoß in eine neue Dimension mit einigen Chancen und vielen Risiken, der ohne einen breiten Konsens der Bürger schiefgehen muss. Diesen Konsens aber kann die EU nur aufbauen, wenn sie sich in der causa Türkei ehrlich macht. Dafür ist es notwendig, sich die europäisch-türkische Geschichte der Annäherung nüchtern zu vergegenwärtigen und sie nicht zu idealisieren.

1963: Die Mutter aller Versprechen

Bei der feierlichen Unterzeichnung des Assoziationsabkommens mit der Türkei sagte Walter Hallstein am 12. September 1963 in Ankara jenen Satz, der wieder Wellen in Europa schlägt: »La Turquie fait partie de l'Europe« (Archiv der EU-Kommission). Das Bemerkenswerte an dieser Aussage des damaligen Präsidenten der Brüsseler Kommission ist weniger ihr Inhalt, als die Tatsache, *dass* er gesagt wurde und *wann* er gesagt wurde. Weil dieser Satz nicht selbstverständlich war, musste er gesagt werden. Weder in der historischen Sicht Europas noch im Empfinden seiner Bürger war die Türkei ein Teil Europas. Und schon gar nicht des europäischen Einigungswerkes. Denn auch wenn die Osmanen immer wieder einmal versucht hatten, eine europäische Macht zu werden und es zweimal sogar bis vor Wien geschafft und sich in den 30-jährigen Krieg einzumischen versucht hatten, und auch wenn sie Teile des Balkans über Generationen besetzt gehalten hatten und von den europäischen Mächten mit einem wachsamen, oft kalkulierenden Auge betrachtet wurden, so waren sie doch nie Teilnehmer jenes sich seit dem 17. Jahrhundert verschärfenden Spieles um Größe, Reichtum und Einfluss unter den europäischen Staaten. Eines Spieles, das immer wieder in Kriege abglitt und den Kontinent mit dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg an den Rand der Selbstvernichtung brachte. Nachdem die Europäer die blutigen Jahrhunderte leid waren, wagten sie sich an den einzig übrig geblieben Weg zu dauerhaftem Frieden: den Zusammenschluss. Dieses Einigungswerk, das mit der hohen Behörde für Kohle und Stahl begann, um zwei wichtige Kriegsgründe zwischen Deutschland und Frankreich aus dem Weg zu räumen, wurde gewiss durch das Heraufziehen des Kalten Krieges be-

fördert. Aber es war, wie in Jean Monnets »Mémoires« nachzulesen ist, zu allererst die einzig vernünftige und einzig verbliebene Chance, ein friedliches Europa zu gestalten. An die Türkei hat damals niemand gedacht. Die war aus europäischer Sicht geografisch Kleinasien und aus politischer alles Mögliche, aber gewiss nicht Bestandteil des europäischen Problems. Was also trieb die Europäer dann, die Türkei zum »Teil Europas« zu erklären?

Der Schlüssel zur Antwort liegt im Datum der Hallsteinschen Rede. Zwei Jahre zuvor war in Berlin die Mauer gebaut worden. Die militärischen Blöcke lagen sich in tiefem Misstrauen gegenüber und bereiteten nukleare Vernichtungsstrategien vor. Und am Horizont wetterleuchtete schon die Kuba-Krise, die am 22. Oktober 1963 dann mit voller Wucht ausbrechen und die Welt an den Rand eines weiteren Waffenganges stoßen sollte. Seit Mitte der 50er Jahre war die geostrategische Bedeutung der Türkei für die USA und für ihre europäischen Nato-Partner kontinuierlich gestiegen: als Aufmarschgebiet, als Bollwerk, als Riegel zum Schutz der Ölquellen der arabischen Welt. Mit dem Fortschritt der Raketentechnik kam für Ankara eine neue Bedeutung hinzu. Die Türkei wurde zum unverzichtbaren Glied in der gigantischen Kette aus Raketenwarnstationen, die die USA rund um die Sowjetunion legten. Die Türkei entwickelte sich zur Südostflanke der Nato. Das war für das Land nicht immer eine leichte Last, und so lag es nahe, die ein wenig zu mildern. Etwa durch einen privilegierten Zugang zum europäischen Markt, der später dann in eine Zollunion mündete. Hallsteins Reise nach Ankara diente allein dem Zweck, diesen Prozess in Gang zu setzen. Wie weit er eigener Überzeugung und wie weit er dem Drängen Washingtons zu danken ist, wird mit Präzision kaum anzugeben sein. Das spielt aber auch keine Rolle, denn der geschichtliche Kontext lässt keinen Zweifel, dass am Anfang der Beziehung zwischen der heutigen EU und der Türkei nicht der Wunsch nach der friedlichen Vereinigung des zerrissenen Kontinentes stand, sondern ein nüchternes geostrategisches Interesse des Westens, dem ein türkisches Interesse an einer Einbindung in den Westen und am Zugang zu den europäischen Märkten entsprach. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass nun, 41 Jahre später, wiederum geostrategische Überle-

gungen bemüht werden, um die Türkei endgültig in die EU zu heben – allerdings geostrategische Entwürfe ganz anderer Art.

Geburt einer Legende

Auch wenn es schon lange her ist, lohnt es sich, noch ein wenig bei jenem Septembertag zu verweilen. Denn er gibt Aufschluss darüber, dass nicht nur die Türkei die Gunst der Stunde zu nutzen wusste, sondern dass auch die Europäer keine Skrupel hatten, das Geschäft ideologisch zu verbrämen. Wahrscheinlich dachten sie insgeheim, dass sie am Ende ihre Schecks nicht würden einlösen müssen. Wie weit Betrug und Selbstbetrug gingen, zeigt sich nirgends schöner, als in der Begründung, die Hallstein seiner Erklärung nachschob, die Türkei sei ein Teil Europas. Die Türkei qualifiziere sich nicht nur aus geographischen und historischen Gründen, sondern vor allem als ein Produkt der »machtvollen Persönlichkeit Atatürks«, dessen Politik »einer radikalen, europaorientierten Reform« dem Staat ihren Stempel aufgedrückt habe. Genau dieser kemalistische Staat aber war auch schon damals nicht mit den Prinzipien des sich vereinigenden Europas kompatibel, selbst als es wie 1963 die politische Union noch nicht gab. Autoritäre Strukturen, die Vormachtstellung des Militärs, die Unterdrückung von ethnischen und religiösen Minderheiten und der eklatante Mangel an Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten machten die Türkei 1963 untauglich für den Beitritt zur Brüsseler Unternehmung. Aber es ging 1963 eben nicht um eine Prüfung in der Sache, sondern nur um eine passable Begründung für diesen ungewöhnlichen Schritt. Das Argument, Atatürk habe mit seiner Politik die Türkei nach Westen ausgerichtet, reichte dann auch für den Rest des Kalten Krieges. Brüssel kümmerte sich nicht weiter und Ankara auch nicht. Die Türkei unternahm in den Jahren nach Hallsteins Auftritt keine nennenswerten Anstrengungen, ihre politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Strukturen so zu reformieren, dass sie auf die europäischen Standards passen. So war der erste Beitrittsantrag Ankaras 1987 auf den Sand der Illusion gebaut, dass einem die Mitgliedschaft nach einer gewissen Zeit von selber zufiele.

Entweder bewegte sich in der Türkei nichts, weil Ankara nicht von Brüssel gedrängt wurde oder weil es unter der gegebenen Konstellation des Kalten Krieges eine automatische Aufnahme erwartete. Doch nichts lag weiter von der Wirklichkeit als das. Denn so wenig die Türken den Vertrag von 1963 als Verpflichtung begriffen hatten, sich den Werten der Europäer anzunähern, so wenig sahen sie darin mehr als ein politisches Lippenbekenntnis und eine ökonomisch langfristig durchaus vorteilhafte Kooperation. Wie mutwillig das Atatürk-Argument von den Europäern an den Haaren herbeigezogen worden war, offenbarte sich in den 90er Jahren, als Ankara auf der Suche nach einem Platz in der neuen Weltordnung ernsthaft an die Tür der EU klopfte. Kaum ging es zur Sache, da entdeckten die Europäer, dass die kemalistischen Strukturen das entscheidende Hindernis für die Türkei sind. Was 1963 noch zur Begründung der Europatauglichkeit der Türkei angeführt wurde, diente nun dazu, sie erst einmal vor der Tür zu halten. Mit der Formulierung der »Kopenhagener Kriterien« setzte die EU dann einen Rahmen, – nicht allein für die Türkei, aber doch mit einem starken Blick auf sie – in den sich jeder Interessierte eingepasst haben muss, bevor er um Beitrittsgespräche bitten kann. Diese Kriterien verlangen der Türkei den Abriss des kemalistischen Staates ab. Ein Unterfangen, an das sich Premier Erdoğan macht, was ihm als einem, der aus der politischen islamischen Bewegung stammt und deswegen immer ein Gegner des kemalistischen Staates war, nicht allzu schwer fallen dürfte.

Selbst wenn die Argumentekombination aus »Ihr habt ein Versprechen gegeben« und »Die Türkei ist seit Atatürk westlich orientiert« historisch und sachlich kaum zu halten ist, so spielt sie doch auch heute immer noch eine Rolle, aus der sogar noch eine ausschlaggebende werden kann. Auf der Seite der EU greifen protürkische Politiker gerne auf sie zurück, um Gegenargumenten, die sich aus der Gegenwart speisen, den Boden zu entziehen. In Ankara nutzen Erdoğan, sein einflussreicher Außenminister Abdullah Gül und die Oppositionsparteien das Argument des Versprechens regelmäßig als letzte Rückfallposition. Und schon ist daraus ein neues Argument gewachsen: das vom Wort halten. Aber welches Wort eigentlich? Wie gesehen gründete sich Hallsteins Erklärung nicht auf prinzipielle historische, philosophische und kulturelle Überlegungen, sondern

war Ausfluss einer strategischen Notlage des Westens. Nun könnte man natürlich sagen, dass jeder die Suppe auslöffeln muss, die er sich einbrockt und dass man die Türken nun nicht für die Hintergedanken der Europäer zahlen lassen dürfe. Doch Ankara ist nicht das Opfer von europäischen Geschäftemachern, sondern es hat gewusst, um was es geht und es hat für sich dabei ein Maximum herausverhandelt. So lange der Kalte Krieg herrschte und die Türkei für die USA und für die Nato eine wichtige strategische Rolle spielte, ging auch alles glatt. Doch mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verlor die Türkei, weil sich die strategischen Koordinaten über Nacht verschoben.

Die Scheinalternative

Damit geriet die Türkei in eine politische Klemme. In der Welt der Blöcke hatte sie einen festen und einflussreichen Platz an der Seite der USA und Israels. Jetzt aber verschob sich alles bis zur Unkenntlichkeit und in der Unübersichtlichkeit der sich langsam herausbildenden neuen Weltordnung wurde Ankara nur eines klar: Weil es die alte Rolle nicht mehr spielen konnte, würde es sich eine neue suchen müssen. Dass der Blick dabei schnell auf die EU fiel, zu der man ja eine Eintrittskarte in der Tasche zu haben glaubte, war kein Zufall. Die Westorientierung des kemalistischen Staates spielte hier ebenso eine Rolle wie der Blick ins eigene Hinterland, der ganz und gar nichts Gutes verhieß: im Norden die Länder des Kaukasus, die sich selbstständig gemacht hatten und von denen einige auf großen Vorräten an Öl und Gas sitzen, im Osten der große Iran, an dem sich nach der Schwächung des Irak durch den Golfkrieg 1991 unübersehbare Anzeichen hegemonialer Gelüste zeigten, und im Süden und Südwesten die arabische Welt, die kaum vergessen haben dürfte, wie eng Ankara politisch und militärisch mit Israel zusammenarbeitet. Wollte die Türkei nicht auf sich allein gestellt werden und damit schleichend an Einfluss verlieren, war die europäische Karte die beste, die sie spielen konnte. Auch die wechselnden Regierungen vor Erdoğan haben Druck auf Brüssel gemacht, sehr oft mit Hilfe der USA, die für die Türkei dringend eine neue Unterkunft suchten und früher als

die Europäer eine neue strategische Bedeutung in der Türkei erkannten. Nicht als Brücke zum Islam sondern als ein Land, durch das man das kaspische Öl sicher in den Westen schaffen kann. Der wirtschaftlichere und ökologisch sicherere Weg hätte durch den Iran geführt, was Washington aus nahe liegenden Gründen vermeiden wollte.

Beim zunehmend hartnäckigen Anklopfen an die europäische Tür stellte sich jedoch sehr schnell heraus, dass die Europäer überhaupt nicht darauf vorbereitet waren, die Türken aber auch nicht. Noch bis in die jüngste Vergangenheit pflegte der quer durch Europa respektierte, ehemalige außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Karl Lamers, zu klagen, dass die Türkei offensichtlich glaube, dass die EU ihr beitreten wolle und nicht umgekehrt. Es begann sich nun zu rächen, dass Hallsteins Wort von 1963 auf türkischer Seite als Garantie für eine spätere Mitgliedschaft genommen wurde. Dass man die Eintrittsbedingungen in die EU nicht frei verhandeln kann und dass es sich bei Erweiterungen weniger um Aufnahmen, sondern de facto um die Übernahme neuer Länder handelt, dämmerte in Ankara erst dem zum Rechtskonservativen mutierten Islamisten Erdoğan. Aber auch der hat immer noch große Probleme, die innere Logik der europäischen Einigung zu begreifen. Als ihm auf dem Gipfel am 17. Dezember 2004 klar gemacht wurde, dass eine Eröffnung der Beitrittsgespräche nicht möglich sein werde, bevor die Türkei zumindest symbolisch die Republik Zypern anerkennt, die ja Mitglied der EU ist, da beschimpfte Erdoğan die Europäer, ihnen seien 600.000 Griechen wohl wichtiger als 70 Millionen Türken. Dass die EU nicht mit einem Land über den Beitritt verhandeln kann, das ein Mitgliedsland der EU nicht anerkennt, war dem türkischen Premier unverständlich.

Es liegt auf der Hand, warum das so ist. Erdoğan und die türkischen Eliten sind nicht genuin am europäischen Einigungswerk interessiert, sondern einerseits an der wirtschaftlichen Macht der EU und andererseits daran, über die EU eine weltpolitische Rolle spielen zu können. Was Erdoğan von seinen Vorgängern unterscheidet, die den Beitritt allein mit dem Verweis auf die strategische Bedeutung ihres Landes erzwingen wollten, ist die Erkenntnis, dass der Weg in die EU allein über die Erfüllung des *acquis communautaire* führt. Allerdings blieb

Erdoğan auch gar keine andere Wahl. Denn ein politischer Trick, mit dem Ankara die EU in den 90er Jahren einer Aufnahme gewogen machen wollte, hatte nicht verfangen. Spürend, dass die sich zur politischen Union mausernde EU nur wenig Neigung zeigte, ihr Versprechen von 1963 zu erfüllen, streute Ankara mit Hilfe der USA das Gerücht, eine von der EU zurückgewiesene oder schlecht behandelte Türkei könne sich zur kleinasiatischen Regionalmacht entwickeln. Eine Drohung, hinter der durchaus ernst gemeinte, großtürkische Träume standen, die gleichwohl nichts mit der Wirklichkeit zu tun hatte, wie sich schnell zeigte. Das Interesse der ehemaligen Sowjetstaaten im Kaukasus an einer türkischen Führungsrolle lag bei Null. Und im Nahen und Mittleren Osten wurde und wird die Türkei mit traditionellem Misstrauen betrachtet. Der Versuch, den türkischen Blick wieder zurück in den Osten zu drehen, wäre im Übrigen spätestens am Iran gescheitert, der selber auf dem Weg zum regionalen Hegemon ist. Der Versuch Ankaras, sich eine strategische Alternative zum Westen aufzubauen, brach so schnell in sich zusammen, dass sich heute kaum noch jemand an ihn erinnert. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre klopfte Ankara darum wieder heftig an die Tür der EU. Aber es bedurfte erst dramatischer und unerwarteter Ereignisse, um der Türkei zum ersten Mal seit über 40 Jahren eine echte Chance auf einen Beitritt zu geben.

Der Einbruch des Terrors und die Entdeckung neuer Argumente

Der 11. September 2001 veränderte den strategischen Blick der großen Länder der EU auf den Lauf der Welt. Das war nicht immer der gleiche Blick und abgesehen vom Krieg gegen das Talibanregime in Afghanistan strebten die europäischen Länder in gegensätzliche Richtungen. Eine gemeinsame europäische Antwort auf die Herausforderung durch den islamistischen Terrorismus wurde dadurch verhindert. Großbritannien, Polen und andere Länder, die sich der von den USA geschaffenen »Koalition der Willigen« anschlossen, setzten auf die neue amerikanische Sicherheitsstrategie, die das Recht der Weltmacht propagiert, überall auf der Welt ihre Interessen mit Waffenge-

walt durchzusetzen oder Demokratie und Freiheit notfalls mit dem Schwert zu verbreiten. Die Politik des zeitlich und räumlich unbegrenzten »Krieges gegen den Terrorismus« spaltete Europa. Eine Spaltung, die von Washington mit betrieben wurde. Auf der anderen Seite des Grabens, der sich in der Hitze der politischen Wortgefechte über den Irakkrieg immer mehr erweiterte, standen vor allem Deutschland und Frankreich. Beide misstrauten dem »Krieg« gegen den Terrorismus. Beide fürchteten, dass er nur als Instrument für einen neuen amerikanischen Hegemonismus missbraucht werde. Beide hielten den Irak-Krieg für einen Fehler, nicht nur weil er falsch begründet war, sondern weil er die Flamme des Radikalismus in der arabischen Welt anfachen würde.

Was die Lager in der EU aber wirklich und tief reichend unterschied, war der jeweilige Blick auf die zukünftige Rolle Europas in der Welt. Während diejenigen Länder, die der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld als das »neue Europa« zu loben pflegte, sich reflexartig wie im Kalten Krieg unter den Schirm der USA flüchteten, begannen in Berlin und Paris die ersten Gedankenspiele darüber, dass die EU eine eigenständige außen- und sicherheitspolitische Konzeption brauche, um mit den neuen Herausforderungen fertig zu werden. Diplomaten und Politiker nahmen den Nahen und Mittleren Osten und die Probleme der islamischen Welt stärker wahr als zuvor. Die Anschläge in New York und Washington und später in Madrid führten ihnen vor Augen, dass sich in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft etwas zusammengebraut hatte, das sowohl die wirtschaftlichen als auch die sicherheitspolitischen Interessen der Europäischen Union unmittelbar gefährdete. Während die USA trotz der internationalen Mobilität der Terroristen zwischen sich und den Krisenregionen der Welt immer noch den Atlantik und den Pazifik liegen haben, schwelen die Brandherde direkt vor der Haustüre der Europäer. Der Dissens über den Irakkrieg hat die Europäer zwar lange Zeit dabei behindert, eine gemeinsame Antwort auf diese Herausforderung zu finden. Aber in dem Maße, in dem sich Ernüchterung über den Feldzug im Zweistromland breit macht und in dem viele Länder erkennen, dass auch die Mittel der Weltmacht, die militärischen wie die politischen, begrenzt sind, nähert sich die EU in der ihr eigenen, schwankenden Vorwärtsbewegung einer

politischen Antwort auf die Herausforderungen. In der 2003 diskutierten und verabschiedeten europäischen Sicherheitsstrategie findet sich schon das Konzept einer EU, die ein weites Netz von Verträgen um sich wirft. Im Verfassungskonvent wurde debattiert, welche Instrumente sich die Europäer zulegen können, um ihre Nachbarn an sich zu binden. Und die EU-Kommission entwickelt die neue Nachbarschaftspolitik. So unterschiedlich die Formen und Ebenen der Absicherung der europäischen Regionalinteressen auch sein mögen, ein Gedanke liegt allen zugrunde: Europa muss sich einen Cordon von Freunden schaffen, der von Russland über den Kaukasus, den Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika bis nach Gibraltar reicht. Dabei war allen Beteiligten mehr oder minder klar, dass die Beitrittsmethode dafür kein geeignetes Instrument ist. Lag nach dem Ende des Kalten Krieges der Export von europäischem Frieden und Wohlstand durch den Import der meisten Länder des ehemaligen Ostblocks in die Union auf der Hand, so ist das mit den vielen Ländern, um die es jetzt geht, de facto unmöglich. So wurde etwa Marokko schon mehrfach bedeutet, dass sein Interesse an einer Mitgliedschaft nirgendwo hin führt. Die Instrumente, an denen in Brüssel gebastelt werden, sind nun andere. Sie reichen von ganz normalen Assoziations- und Partnerschaftsabkommen über strategische Partnerschaften mit Schlüsseländern bis hin zur Reaktivierung des Barcelona-Prozesses, der den gesamten mediterranen Raum umfasst.

Die Logik spräche dafür, der Türkei in diesem Raster der Nachbarschaftspolitik eine herausragende Stellung zu geben. Ökonomisch ist Ankara über eine Zollunion bereits fest mit der EU verbunden. Zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat sie über die »Berlin-Plus-Regelung« der Nato Zugang. Eine weitere strukturelle Einbindung in die Union, etwa beim Kampf gegen Drogen- und Menschenhandel, wäre problemlos möglich. Das alles ginge, ohne von der Türkei gegenwärtig möglicherweise noch unverträgliche Souveränitätsverzicht zu fordern, wie sie nun einmal mit der EU-Mitgliedschaft einhergehen, und ohne die Union einer Aufnahmebelastung auszusetzen, die sie nicht durchhalten kann. Doch diese Logik einer Alternative zum Beitritt, die in der von den deutschen Christdemokraten, der französischen UMP und der österreichischen ÖVP vertretenen Idee einer privilegierten oder stra-

tegischen Partnerschaft ihren Niederschlag fand, hatte de facto nie eine ernsthafte Chance. Zum einen nämlich wollte sich die Türkei auf keinen Fall die Gunst der Stunde entgehen lassen und weniger bekommen, als es glaubte, erreichen zu können. Zum anderen fand Ankara in Berlin einen mächtigen Verbündeten, der nach und nach auch den französischen Staatspräsidenten ins Erweiterungsboot bekam, in dem der englische Premierminister bereits an den Rudern saß. Auch Rom und Madrid waren eingestiegen und so gab es am Ende zu wenig Gewicht und zu wenig Mut, den Zug zum Beitritt auf ein anderes Gleis zu schieben.

Eine wesentliche Rolle spielte dabei, dass vor allem Berlin nach dem 11. September 2001 ein neues Argumentationsmuster für den Beitritt der Türkei aufbaute, das von dieser sofort begierig übernommen wurde und seine Kritiker als Leute darstellt, die die Dimensionen der historischen Herausforderungen nicht zu begreifen scheinen. Diese Beitrittsstrategie stützt sich auf drei Argumente:

Erstens: Die Beitrittsperspektive bringt die Demokratisierung und die Modernisierung der Türkei voran. Zweitens: Die Türkei wird für die EU zur Einflussbrücke in den Nahen und Mittleren Osten. Drittens: Eine Aufnahme der Türkei ist ein Signal an die islamische Welt, dass die EU keinen Kampf der Kulturen betreibt.

Alle drei Argumente ziehen ihre Kraft aus der Gegenwart und aus einer vermuteten Zukunft. Deshalb sollte man sich genau ansehen, wie tragfähig sie sind.

Demokratie und Moderne

Die These, dass die Perspektive einer Mitgliedschaft in der EU die Demokratisierung und die Modernisierung der türkischen Gesellschaft befördert, hat einiges für sich. Der Zwang etwa zu rechtsstaatlichen Verfahren oder zur Respektierung der Rechte von Minderheiten kann enorme Auswirkungen haben. In Deutschland benutzen dieses Argument darum vor allem die Grünen und viele Sozialdemokraten. In der Türkei wird es von der Demokratiebewegung, von Menschenrechtsgruppen aber auch von bislang unterdrückten Minderheiten wie den Kurden

genutzt. Erdoğan rechtfertigt sogar seine gesamte Politik mit der These der Demokratisierung und Modernisierung. Jeder einzelne Reformschritt wird in Ankara damit begründet, dass man damit dem Ziel der Aufnahme in die EU ein Stück näher kommt. Darin steckt aber zugleich die Schwäche des Argumentes. Die EU kann zwar einen Zug zur Demokratisierung unterstützen und verstärken. Aber sie kann ihn nicht ersetzen. Eine Türkei, die sich nicht aus eigener Kraft auf den demokratischen Weg bringen kann, die wird es auch nicht mit der Fixierung auf die EU können. Die romantischen Vorstellungen vor allem der deutschen Linken vom demokratischen Auf- und Durchbruch in der Türkei speisen sich aus einem Missverständnis. Der kemalistische Staat mag ein autoritärer sein, aber er war und ist kein diktatorischer Deckel auf einer vom Verlangen nach westlicher Demokratie brodelnden Gesellschaft. Die Verfechter der Demokratisierungsthese übersehen mit einer erstaunlichen Leichtfertigkeit die sozioökonomischen Verhältnisse in der Türkei. Wer über Istanbul und Ankara hinausschaut, ahnt, dass die türkische Gesellschaft noch lange brauchen wird, die in der EU gültigen Werte und Regeln auch in der Praxis zu leben. Für ambitionierte Politiker in Ankara mögen zehn bis fünfzehn Jahre Verhandlungszeit zu lang sein. Für eine Änderung der Gesellschaft aber, die sie europakompatibel machen würde, ist sie bei weitem zu kurz. Jenen, die auf das Problem hinwiesen, dass die Übernahme europäischer Gesetzesnormen noch keine nachhaltige Veränderung der gesellschaftlichen Praxis mit sich bringe, pfl egte der frühere Erweiterungskommissar Günter Verheugen entgegenzuhalten, dass die Türkei, die der EU beitrete, eine ganz andere sei, als die wir heute kennen. Auch Joschka Fischer bedient sich gerne dieses Argumentes ohne allerdings erläutern zu können, wie die europäische Perspektive in zehn Jahren schaffen soll, was selbst den Zwangsmodernisierern Atatürks in großen Teilen der Türkei in Jahrzehnten nicht gelang. Das Problem der Verfechter der These von der Demokratisierung und Modernisierung liegt darin, dass sie die fortschrittlichen Städte Istanbul und Ankara mit ihren Unternehmen, ihren Intellektuellen und ihrer Kultur für das Ganze nehmen und wie selbstverständlich davon ausgehen, dass der Rest des Landes automatisch folgen wird. Dass das europäische Gesellschafts- und Rechtsmodell in den ländlichen und vor allem

in den östlichen Gebieten der Türkei mit jahrhundertealten gesellschaftlichen, kulturellen und religiösen Traditionen kollidiert, wird unterschätzt. Dass die sozioökonomischen Systeme Europas und der Türkei schon seit Jahrhunderten auf verschiedenen Grundfesten stehen und sich nicht einfach miteinander verschmelzen lassen, wird wenn überhaupt nur am Rande diskutiert.

Brücke Türkei

Die strategische Idee, dass die Europäische Union mit der Türkei einen direkten Einfluss auf die Krisenregionen im Kaukasus und im Mittleren Osten bekommt, ist auf den ersten Blick faszinierend. Die Türkei als ein Land zwischen Orient und Okzident, zwischen Islam und gefestigter westlicher Orientierung scheint den Nach-9/11-Strategen in Berlin, Paris und London ein idealer Mittler. Die Türkei grenzt im Norden an die öl- und gasreichen Kaukasusländer, im Osten an Iran und Irak und im Süden an Syrien. Ein zweiter Blick lässt aber Zweifel aufkommen, ob eine EU-Mitgliedschaft der Türkei tatsächlich den gewünschten Effekt haben wird. So macht man sich in der EU bewusst oder unbewusst kaum Gedanken darüber, wie eine Aufnahme der Türkei in der Region wahrgenommen wird, die man beeinflussen will. Der Historiker Heinrich August Winkler glaubt, dass ein EU-Mitglied Türkei dort nicht als Brücke verstanden würde, sondern als »Brückenkopf des Westens« (Der Spiegel, 51/2004), also als eine potentielle Bedrohung. Für diese Annahme spricht, dass Länder, die einerseits gewohnt sind, in Gebietsgewinnen zu denken und die andererseits über Jahrhunderte selber mal Opfer und mal Täter bei Landnahme und Kolonialisierung waren, sich fragen werden, welche Absichten die EU wirklich treiben, wenn sie ihre Grenzen bis nach Kleinasien hinein ausdehnt. Und das auch noch mit der Hilfe eines Landes, dem nicht nur in der unmittelbaren Nachbarschaft, sondern bis weit nach Nordafrika misstraut wird. Womit wir zum zweiten Grund für Zweifel an der Brückenthese kommen. Eine Brücke braucht auf beiden Ufern ein festes Fundament. Das kann Ankara nicht vorweisen. Im Gegenteil, die Türkei hat aus historischen und aktuell politischen Gründen, im besten

Falle nur wenig, im schlimmsten Falle das falsche Gewicht in Damaskus, Teheran, Kairo oder Rabat. Die jahrhundertelange Oberherrschaft des Osmanischen Reiches ist in diesen Ländern nicht vergessen. Nicht vergessen ist auch, dass die Türkei sich nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Beitritt zur Nato fest in die militärischen Strukturen des Westens eingegliedert hat, dass sie ein fast bedingungsloser Alliierte der Vereinigten Staaten von Amerika ist und dass sie enge und freundschaftliche Beziehungen zu Israel pflegt, die bis in die militärische Zusammenarbeit hineinreicht. Warum also sollten die Länder der Region der Türkei eine bedeutende Rolle zugestehen? Eine Europäische Union, in deren außen- und sicherheitspolitischer Kursbestimmung die land- und volkreiche Türkei eine ausschlaggebende Rolle spielt, könnte es der EU in diesen Ländern sogar noch schwerer machen, als sie es heute schon hat.

Eine Geste an den Islam

Das erstaunlichste Argument für einen Beitritt der Türkei ist das religiöse. Auch das ist ein Kind der Terrorangriffe auf New York und Washington. Mit der Aufnahme der Türkei zeige Europa, dass es auch ein islamisch geprägtes Land vertrage. Zugleich sei dies ein zweifaches Signal an andere islamische Länder, dass die EU sich nämlich nicht aus religiösen Gründen abschotte und dass Islam und Demokratie durchaus zusammengehen. Dies ungefähr ist der generelle Tenor der Türkei-Fraktion in der EU, den der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder am Rande des Beitrittsgipfels noch um die Gewissheit verfeinerte, damit verhindere die EU den von Samuel Huntington prognostizierten Zusammenstoß der Kulturen. Nun ist es schwierig, auf dem Gebiet von Glauben und Hoffen festen argumentativen Grund zu finden. Doch einige Dinge fallen ins Auge. So ist die Türkei zwar ein islamisches Land, aber als eines, in dem Staat und Religion seit acht Jahrzehnten mit eiserner Hand auseinander gehalten werden, sitzt es kaum mitten in der Gemeinschaft der islamischen Staaten. Dass diese Türkei einen ideologischen Einfluss auf den radikalen Islam nehmen könnte, ist pure Phantasie. Selbst um auf gemäßigte Islamisten einwirken zu können, müsste die Türkei islamischer werden,

als sie heute ist. Das mag Erdoğan durchaus zupass kommen, aber die Frage ist doch sehr, ob sich die EU das wirklich wünschen soll. Auch wenn Europa sehr stark durch das Christentum geprägt wurde, so ist die Europäische Union doch keine Christen-Veranstaltung. Dass Ankara im Anlauf auf die Beitrittsverhandlungen Kritiker bezichtigte, sie wollten keine Muslime in ihrem Christenklub haben, war eine taktische Methode, die Skeptiker in der Union in die Defensive zu bringen. Ein durchaus legitimes Mittel für die Türkei. Warum sich allerdings Politiker wie Schröder oder Fischer darauf eingelassen haben, ist schwer nachvollziehbar. Indem sie die Bedeutung der Türkei als ein islamisches Land als politischen Vorteil herausstreichen, betonen sie zugleich einen christlichen Charakter der EU, den diese nicht hat. Und das letzte, was die EU brauchen kann, ist eine Rechristianisierung durch die politische Hintertür und sei es auch nur im Kontext des Wunsches, den Zusammenstoß der Kulturen zu vermeiden. Und noch eines verwundert: Indem sich die Europäer auf das religiöse Argument einlassen, macht sie sich selber blind für die vielfältigen und regional sehr unterschiedlichen sozioökonomischen und politischen Bedingungen, die radikale Islamisten zu ihren Gunsten ausbeuten. Und dass sich die Türkei, die sich über Jahrzehnte rühmte, Staat und Islam erfolgreich voneinander getrennt zu haben, nun als Leuchtturm in der islamischen Welt zu präsentieren sucht, sollte in europäischen Quartieren zumindest nachdenklich machen.

Das Spiel der Strategen

Wer die Geschichte der Argumente für einen Beitritt der Türkei auf dem Hintergrund des jeweiligen politischen und historischen Kontextes Revue passieren lässt, dem wird zweierlei auffallen: Zum einen ist die Aussage Hallsteins von der Türkei als einem Teil Europas nie prinzipiell aus dem europäischen Vereinigungsprojekt heraus begründet worden. Zum anderen ist die Geschichte der Annäherung der Türkei an die EU eine Abfolge strategischer Überlegungen auf beiden Seiten, die immer eine Mischung aus kurzfristiger Erfordernis und langfristigen Wünschen waren.

Dabei sind die jeweiligen Interessen nicht immer mit denen der anderen Seite deckungsgleich. Aber immer lässt sich die Türkeifrage auf einen strategischen Kern reduzieren. Der gegenwärtige stellt sich so dar: Die Türkei sucht dringend nach einer machtpolitischen Anbindung. Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Neuordnung der Hinterlassenschaft der Sowjetunion hat das Land am Bosphorus erheblich an strategischer Bedeutung verloren und findet sich zugleich in der Lage wieder, keine regionale Führungsmacht werden zu können. Eine Türkei, die Einfluss auf die Welt haben und nicht in regionaler Mittelmäßigkeit versinken will, kann dies unter den gegebenen Bedingungen nur über eine Mitgliedschaft in der EU schaffen, die, ob sie es will oder nicht, auf dem Weg zur Weltmacht ist. Als ein Land, das dann das bevölkerungsreichste in der EU wäre, könnte die Türkei die politische Linie der Union entscheidend prägen und damit die eigene weltpolitische Bedeutung erhöhen. Ginge es alleine um die ökonomischen Möglichkeiten, die Europa bietet oder die wohlgefüllten Töpfe der Regionalförderung, um den Anschluss an die westliche Wirtschaftskraft zu bekommen, dann könnte sich die Türkei auch auf Sonderbeziehungen einlassen. Doch es geht Ankara um Teilhabe an der politischen Union und das heißt vor allem an der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäer.

Auf deren Seite liegt das strategische Interesse der EU darin, mit der Türkei einen Einfluss in der islamischen Welt und im Krisenbogen rund um das Mittelmeer zu bekommen. Dass die Türkei dafür nicht gerade der ideale Partner ist, wurde schon dargelegt. Bei der Fixierung auf das Islamproblem wird im Übrigen übersehen, dass das beste Signal an die Länder der arabischen Welt und an den Iran ein fairer Umgang mit ihnen ist. Mit anständigen Assoziierungsabkommen, die ihnen auch wirtschaftlich eine vernünftige Chance auf dem europäischen Markt bieten, die ihnen beim Aufbau von Produktionen, von Bildung und von öffentlicher Verwaltung helfen, kann mehr gegen Radikalismus im Gewande des Islam erreicht werden, als durch die angebliche Signalwirkung der Aufnahme eines islamischen Landes, dessen Glaubwürdigkeit bei den Betroffenen in Zweifel steht. Die europäischen strategischen Argumente bringen zwei weitere Probleme mit sich. Zum einen sind sie nicht türkeispezifisch. Mit ihnen könnte genauso gut die Aufnahme aller Mit-

telmeeraanrainer begründet werden. Zum anderen kann kaum damit gerechnet werden, dass die Bedrohung durch den radikalen Islamismus eine dauerhafte ist. Die Lebenserfahrung spricht dafür, dass die Gründe für die Strategie früher oder später wegfallen.

Und damit geraten wir in den innersten Kern des EU-Türkei-Problems: Alle offiziellen Begründungen für die Aufnahme der Türkei entstammen aktuellen Lagen, die sich ändern können. Ein Beitritt aber ist eine Entscheidung für die Dauer. Das türkische Interesse ist dabei klar und nachvollziehbar. Das europäische ist es weniger. Zumal die Türkei für die EU ökonomisch, kulturell und gesellschaftlich auf mehrere Jahrzehnte hinaus zu einer enormen Belastung werden wird. Stehen hinter alledem also noch ganz andere Überlegungen? Bei einigen zumindest. So ergeht sich etwa der deutsche Außenminister durchaus in Andeutungen über einen Zusammenhang zwischen der Aufnahme der Türkei und den Weltmachtambitionen der EU. Anders gesagt, mit einer Erweiterung nach Kleinasien soll Europa an Masse, Größe und damit an Einfluss gewinnen. Abgesehen davon, dass solch eine Überlegung ein erstaunlicher Rückfall in ein antiquiertes Denken in Landmassen wäre, hat August Winkler durchaus Recht, wenn er sagt, dass sich Größe nicht automatisch in Stärke umsetzt (Der Spiegel, 51/2004).

Gesucht: Ehrlichkeit

Die Europäische Union braucht jetzt trotz des Gipfelbeschlusses mehr als nur technische Verhandlungen darüber, wie die Türkei ihre Strukturen den europäischen anzupassen hat. Sie braucht, will sie sich nicht gefährlich weit von ihren Bürgern entfernen, eine kritische Debatte mit sich selber, was sie machtpolitisch will und ob die Aufnahme der Türkei das dafür richtige Mittel ist. Um das zu beurteilen, muss sie sich auch ehrlich Rechenschaft darüber ablegen, ob sie diese Erweiterung überhaupt verkraften kann. Sylvie Goulard steht mit ihren Befürchtungen, dass ein Beitritt der Türkei die EU politisch blockieren und handlungsunfähig machen wird, nicht alleine da. In der Tat ist die EU schon heute ein schwerfälliges Gebilde, das sich nicht selten gefährlich nahe am Rande der Immobilität bewegt.

Bislang hat zwar die gefürchtete Blockade von Entscheidungen durch die Aufnahme von zehn Ländern im Mai 2004 noch nicht stattgefunden, aber das ist wohl der Tatsache geschuldet, dass neue Mitglieder in der ersten Zeit meist vorsichtig auftreten. Die gegenwärtigen Strukturen der EU passen aber vorne und hinten nicht mehr für eine Gemeinschaft aus 25 Ländern. Wenn im Jahre 2007 Rumänien und Bulgarien dazustoßen und danach Kroatien, dann besteht die Gefahr, dass sie kollabieren. Sollte die europäische Verfassung alle Volksabstimmungen überstehen und wie geplant in Kraft treten, dann kann ein Desaster vermieden werden. Doch selbst mit der Verfassung bleibt die Frage, ob der Beitritt der Türkei letztlich nicht die politische Union schwächt. Denn das Interesse der Türkei liegt nicht in der europäischen Integration, sondern in der eigenen machtpolitischen Positionierung. Im Zweifel wird Ankara außen- und sicherheitspolitisch nach nationalen und nicht nach europäischen Interessen entscheiden. Nachdem es nicht einmal der EU der 15 gelungen war, eine gemeinsame Antwort auf die amerikanische Sicherheitspolitik zu finden und die Gemeinschaft sich über den Irakkrieg bitter verzankte, gibt es keinen vernünftigen Grund anzunehmen, dass das nach der jetzigen und den zukünftigen Erweiterungen besser werden könnte. Wobei die Türkei eine Sonderrolle spielt, weil sie wie Großbritannien im Krisenfall die Nato und deren Führungsmacht USA allen europäischen Bemühungen um eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vorziehen wird.

Die Risiken eines Beitrittes der Türkei sind also nicht gering. Darüber kann selbst die angepeilte Verhandlungsdauer von zehn bis fünfzehn Jahren nicht hinwegtäuschen. Diese Zeit mag ausreichen, die rechtlichen Standards der EU in die türkischen Gesetzbücher zu übernehmen. Aber zu glauben, dass sich die türkische Gesellschaft, die türkische Selbstwahrnehmung und die auf nationale Größe fixierte türkische Politik so nachhaltig ändern, dass sie mit der EU kompatibel sind, ist doch etwas leichtfertig. Was auf der europäischen Ebene fehlt, ist zweierlei. Zum einen eine ehrliche und überzeugende Begründung, die die Bürger nachvollziehen und hinter die sie sich stellen können. Eine so schwierige Operation wie die Aufnahme eines nichteuropäischen Landes in die Europäische Union und dann noch eines so großen kann die EU auseinander reißen, wenn es

über die Köpfe der Völker hinweg geschieht. Zum anderen muss die Union überzeugende Vorkehrungen treffen, die ihre Funktionsfähigkeit nicht nur steigert, sondern die Integration vertieft. Nur wenn wieder ein politischer Zusammenhang zwischen Erweiterung und Vertiefung hergestellt wird, kann die Europäische Union die anstehenden Operationen überleben. Das heißt in der Konsequenz aber auch, dass die EU die Verhandlungen stoppen muss, wenn die Verfassung scheitert. Dann wird sich zeigen, was die Regierungen wirklich wollen und ob sie den Zusammenhang zwischen Funktionsfähigkeit und Stärke begreifen. Immerhin hat der Gipfel in seinem Beschluss am 17. Dezember 2004 daran erinnert, dass die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen und sich zugleich »die Dynamik der europäischen Integration zu erhalten« einen »wichtigen Gesichtspunkt« darstellt. Bei der Erweiterung nach Osten ist dieser weitgehend vernachlässigt worden. Im Falle der Türkei könnte eine Missachtung der Aufnahmefähigkeit der EU in einer politischen Katastrophe enden. Anstatt außenpolitisch an Gewicht, Einfluss und Handlungsfähigkeit zu gewinnen, könnte die EU auf das Stadium einer Freihandelszone zurückgeworfen werden, in der sich ein paar Inseln der politischen Integration verlieren.

